

Haushaltsrede 19.12.2018

**Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,**

das Jahr 2018 mit all seinen Herausforderungen neigt sich allmählich dem Ende zu und damit ist für die Stadt Rhede die Zeit der Haushaltseinbringung gekommen. Fünf Tage vor Weihnachten kann ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, somit die freudige Nachricht überbringen, dass wir mit dem Haushaltsentwurf 2019 nicht nur einen Haushalt mit einer schwarzen Null einbringen werden, wir verzeichnen tatsächlich und das ein Jahr früher, als noch in den zurückliegenden Jahren prognostiziert, einen erfreulichen Überschuss von 959.000 €.

Von 359 nordrhein-westfälischen Kommunen werden dennoch nur 25% einen echten Haushaltsausgleich in 2019 schaffen und Rhede gehört dazu. Das ist ein tolles Ergebnis.

In den Medien ist es nicht zu überhören, die deutsche Wirtschaft boomt und die Steuereinnahmen sprudeln. Insofern könnte man die positive Entwicklung, auch in Rhede, als natürlichen Reflex auf die Steuereinnahmen betrachten.

Trotzdem ist die finanzielle Situation in vielen Städten und Kommunen nach wie vor schwierig. Erst vergangene Woche hat Isselburg seinen Haushalt für das Jahr 2019 mit einem Minus von 1,8 Mio Euro eingebracht.

Der positiven Entwicklung auf der Ertragsseite stehen erhöhte Ausgaben auf der Aufwandsseite gegenüber. Wir haben es in Ausschusssitzungen immer wieder berichtet, dass die Preise, gerade in der Bauwirtschaft, in den zurückliegenden Jahren, enorm gestiegen sind, von durchschnittlich 25-30 % ist die Rede. Damit wird ein nicht unerheblicher Teil der Mehrerträge auch gleichzeitig wieder verbraucht.

Ein Sparfuchs könnte jetzt auf die Idee kommen, die Ausgaben und Investitionen so lange zurück zu stellen, bis die gute wirtschaftliche

Konjunktur abgeschwächt ist, um mit den Mehreinnahmen erst einmal die gesamten Schulden zu tilgen.

Würden wir gerne machen, können wir aber nicht. Die Infrastruktur in Rhede ist, wie es in politischen Diskussionen auch immer wieder betont wird, in Teilen verschlissen. Wir müssen in vielen Bereichen jetzt handeln und nicht erst in einigen Jahren.

Neben den Preissteigerungen für Investitionen in unsere Infrastruktur, steigen aber auch die Transferaufwendungen, gemeint ist vor allem die Kreisumlage. Der Hebesatz der Kreisumlage im Kreis Borken ist einer der niedrigsten Hebesätze in NRW und dafür möchte ich mich auch ausdrücklich beim Kreis Borken und stellvertretend beim Landrat Dr. Zwicker bedanken. Dennoch steigen in einigen Bereichen die jährlichen Ausgaben beträchtlich. Zahlte die Stadt Rhede 2017 noch 10.617 Mio Euro an Kreisumlage werden es 2022 12.810 Mio Euro und damit rund 2,2 Mio Euro mehr sein.

Die erwarteten Steigerungen sind zurückzuführen auf den demographischen Wandel und die daraus resultierende älter werdende Bevölkerung, aber auch auf einen stetig steigenden Betreuungsbedarf für unser Kinder, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch zukünftig gewährleistet werden kann. Nicht vergessen werden dürfen die Menschen in schwierigen persönlichen und wirtschaftlichen Situationen, die nicht vom wirtschaftlichen Erfolg und dem Aufschwung in Deutschland profitieren.

Ich möchte es an dieser Stelle aber nicht versäumen, mich bei den Unternehmerinnen und Unternehmer in Rhede für das tolle Ergebnis bei der Gewerbesteuer zu bedanken. Hier planen wir mit Einnahmen von 9,8 Mio Euro für 2019. Auf gleichem Niveau liegt aber auch der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, erwirtschaftet von allen in Rhede lebenden Beschäftigten. Auch Ihnen gilt mein besonderer Dank!

Die Landesregierung in Düsseldorf hatte zugesagt, den ländlichen Raum wieder stärker zu berücksichtigen. Nach 0 Euro Schlüsselzuweisung in 2017 können wir für 2019 wieder mit 725.000 Euro planen. Erstmals zahlt das Land

eine Aufwands- und Unterhaltungspauschale in Höhe von 203.000 € und auch die Integrationspauschale des Bundes von 432 Mio Euro wird 2019 erstmals in voller Höhe an die Kommunen weiter geleitet, so dass wir abweichend von 2018 an dieser Stelle ca. 450.000 Euro mehr verzeichnen können. Hier erwarten wir vom Land, dass diese vollständige Weiterleitung der Integrationspauschale auch in den Folgejahren erfolgt.

Wir sind froh und ein Stück weit auch erleichtert, dass die Belastungen aus Düsseldorf nachgelassen haben, dennoch sind und können wir mit dem bisher erreichten nicht zufrieden sein.

Sie alle werden die Diskussionen über die sogenannte Ankerzentren in den zurückliegenden Monaten mitbekommen haben. Es war eine Forderung der 17 Kommunen aus dem Kreis Borken die mögliche Verweildauer der Flüchtlinge von 6 Monaten auf 24 Monate heraufzusetzen. Diese und andere Forderungen hatten wir um Ostern herum gegenüber der Landesregierung formuliert und mit einem erneuten Aufnahmestop von Flüchtlingen verbunden.

Einige unserer Forderungen wurden erfüllt, aber noch lange nicht alle. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive, die aber absehbar auch nicht abgeschoben werden können, werden auch weiterhin den Kommunen zugewiesen. Für diese Personengruppe gibt es nach wie vor nur für drei Monate nach Rechtskraft des Abschiebebescheides Geld. Danach kommt die Kommune zu 100% für alle laufenden Kosten auf. Und diese Kosten sind nicht unerheblich, vor allem dann, wenn Familien zu dieser Gruppe gehören. Die Schulpflicht gilt auch für diese Familien, ebenso wie der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Deshalb werden wir auch weiterhin mit Nachdruck auf eine anteilige Kostenerstattung auch für diese Personengruppe bestehen.

Vor einigen Wochen war in der Presse zu lesen, dass die monats-scharf abzurechnenden Kosten von derzeit 866 €/Monat und somit 10.300 € im Jahr angepasst werden sollen. Ermittelt wurden durchschnittliche Kosten von 12.900 € pro Flüchtling und Jahr. Jetzt steht der Vorschlag aus dem Gutachten

im Raum, wonach kreisfreie Städte 16.000 € und kreisangehörige Städte 10.900 € pro Flüchtling im Jahr bekommen sollen. Bei einem Treffen mit den Landtags- und Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Borken am 12. November 2018 haben wir mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass wir uns mit einer solchen Ungleichbehandlung nicht zufrieden geben werden. Eine derartige Schlechterstellung wäre nicht nachvollziehbar und auch nicht hinnehmbar.

Die Integration der Flüchtlinge in Rhede ist bisher sehr erfolgreich. Mehr als 170 Personen sind in der Zwischenzeit in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen untergebracht. Bei einem Unternehmerbesuch in diesem Jahr berichtete der Geschäftsführer von einer Investition in Millionenhöhe für den Ankauf einer weiteren Maschine, die er nicht getätigt hätte, ohne die beschäftigten Flüchtlinge. Das meine Damen und Herren nenne ich wirklich eine Erfolgsgeschichte, auf die wir durchaus stolz sein können. Dieses hervorragende Ergebnis hätten wir sicherlich nicht geschafft, ohne die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die ihrerseits alles dafür getan haben, damit sich diese Menschen bei uns in Rhede schnell eingelebt und die Sprache erlernt haben. Dafür möchte ich mich bei den vielen Helferinnen und Helfern der Flüchtlingshilfe ganz besonders danken.

Beim Blick in den Haushaltsentwurf und hier insbesondere bei den Investitionen werden Sie, verehrte Damen und Herren sehen, wofür die Gelder im kommenden und den Folgejahren ausgegeben werden sollen.

Ich beschränke mich in meinen weiteren Ausführungen auf die großen und damit auch kostenträchtigen Projekte.

An erster Stelle zu nennen ist, wie auch schon in den Jahren davor, die Sanierung der Gesamtschule. Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir mit der Gesamtabwicklung des Projektes unzufrieden sind. Nachdem wir im vergangenen Jahr Defizite bei der Bauüberwachung ausfindig gemacht hatten, steht zur Zeit die Planungsleistung im Fokus der Kritik. Wir steuern mit allen uns zur Verfügung stehenden externen und internen Mittel gegen eine weitere Kostensteigerung und zeitlichen Verzögerungen.

Dennoch bleibt die Sanierung der Gesamtschule eine Mamutaufgabe. Sie erfordert ein hohes Engagement der Verwaltung, was so in der Form keiner erwartet hatte, weil genügend externe Fachleute beauftragt sind. Leider, so die Erfahrung, geht es nicht ohne die ständige Kontrolle seitens des Bauherrn, sprich der Stadt Rhede.

Seit Februar unterstützt unser neu eingestellter Mitarbeiter, Herr Recep Bayraktar, das Projekt vor Ort. Vorgesehen war, dass Herr Bayraktar bis zum Ende dieses Jahres das Projekt unterstützt und sich dann anderen Aufgaben widmet. Daraus wird aber nichts. Es wäre unverantwortlich, Herrn Bayraktar jetzt aus dem Projekt abzuziehen.

Auf der Jahreshauptversammlung der SPD-Fraktion Ende Oktober diesen Jahres zeigte sich die SPD besorgt über die Kostensteigerung bei der Sanierung des Schulzentrums. Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten der SPD, diese Entwicklung sehen wir auch mit Sorge und selbstverständlich sind wir bemüht, Einsparungen zu generieren wo wir nur können, wir dürfen aber nicht zu Lasten der Schülerinnen und Schüler die Standards senken. Die Bildung unserer Kinder und der Erfolg der Gesamtschule stehen bei meinen Mitarbeitern und mir an erster Stelle.

Die seinerzeit angesetzten Gesamtkosten der Sanierung von 18,4 Mio sind Stand heute um 4 Mio auf ca. 22,241 Mio Euro gestiegen.

Was ist der Grund?

Sicherlich einer der größten Preistreiber sind die Ergebnisse aus den europaweiten Ausschreibungen, auf die die Stadt Rhede keinen Einfluss hat. Wir können uns die Vertragspartner nicht aussuchen und mit ihnen Verhandlungen führen. Das Ergebnis einer Ausschreibung ist für uns verbindlich und nicht verhandelbar und wenn die Unternehmen hier riesige Aufschläge machen, müssen wir leider bei laufenden Projekten damit leben.

Eine allgemeine Preissteigerung von 20-30 % im Baugewerbe bestätigt auch ein Stadtverordneter der SPD, der im Baugewerbe tätig ist, immer wieder, wenn wir über die Ergebnisse der Ausschreibungen in den Sitzungen informierten.

Hinzu kommt, dass die Zahl von 18,4 Mio Euro 2014/2015, also vor über drei Jahren und auch nur vom Schreibtisch aus ermittelt wurde. Somit waren viele Details, die zusätzlichen Aufwand verursachten, neben der allgemeinen Preissteigerung, nicht bekannt. Dies sind:

- **Asbest im Wandputz,**
- **nicht haftender Wandputz,**
- **Fenster, die nicht am Rohbau, sondern der Außenfassade befestigt waren und dann zusätzlich ausgetauscht werden mussten,**
- **mangelhafter Estrich in den Klassenräumen,**
- **dickere Auladecke,**
- **Austausch der Betonwerksteine im Realschultrakt,**
- **Ertüchtigung der Treppengeländer nach DIN,**
- **Fenster zum Innenhof der Versammlungsstätte,**
- **externe Sachverständige,**
- **usw.**

Allein diese zusätzlichen Leistungen belaufen sich auf über 1 Mio Euro.

Aber auch während der laufenden Sanierung kamen zusätzliche Begehrlichkeiten auf. Als die Sanierung der Gesamtschule beschlossen wurde, planten die Lehrerinnen und Lehrer in der Ausstattung der Klassen mit Tafeln und Beamer. Ein zwischenzeitlich sehr verjüngtes und technisch affineres Lehrerkollegium äußerte den Wunsch, mit Whiteboards zu arbeiten. Diesem Wunsch sind wir unbürokratisch nachgekommen, um eine von Grund auf sanierten Schule auch optimal technisch auf dem neusten Stand auszustatten.

Entgegen den Wünschen der Schule haben wir die Ausstattung des Forums hinsichtlich der Bühne stark reduziert und auch in der Außengestaltung Positionen gestrichen. In den naturwissenschaftlichen Räumen wurde auf die

Glastrennwand verzichtet, Alufenster ausgetauscht gegen Kunststofffenster. Bereits beantragt und genehmigt war die Verlegung des Eingangs zum Forum vom Innenhof aus. Auch darauf wurde, zur Reduzierung der Kosten verzichtet. Dies sind nur einige, aber auch kostenträchtige Beispiele, wie auf Baubesprechungen immer wieder versucht wird, der Kostensteigerung Rechnung zu tragen.

Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen, dass wir mit den am Bau beteiligten Firmen derzeit sehr zufrieden sind. Es wird gute Arbeit geleistet.

Seitdem ich aber dieses Projekt begleite, bin ich alles andere als verwundert darüber, dass so viele Großprojekte der öffentlichen Hand nicht laufen. Gerade das europäische Vergabeverfahren verhindert eine wirtschaftliche und zeitnahe Realisierung solcher Bauvorhaben. Die Motive für die Einführung solcher Regelungen mögen ehrenhaft gewesen sein, für die Praxis sind sie aber nicht geeignet.

Der neu errichtete und im Oktober 2017 in Betrieb genommene Kindergarten an der Mittelmanstraße musste, aufgrund gestiegener Anmeldezahlen, erweitert, d.h. um zwei Gruppen aufgestockt werden. Zum Glück hatten wir bei der Neuerrichtung des Kindergartens eine spätere mögliche Aufstockung des Gebäudes als stille Reserven vorgesehen. Dass diese Option so schnell gezogen werden musste, hat uns alle überrascht.

Die Kindergartenplanung ist aber extrem schwierig, weil der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mit Vollendung des ersten Lebensjahres besteht, die Kinder für eine vorausschauende Planung demzufolge noch gar nicht geboren wurden.

Rhede wächst und das sollte auch immer Ziel unseres Handelns sein. Insofern sollte es uns nicht erschrecken, wenn ich Ihnen jetzt mitteile, dass die Erweiterung der Kita-Mittelmanstr. um zwei Gruppen bereits wieder nicht ausreicht und wir erneut in der Planung für einen Kindergarten stecken. Näheres hoffentlich in Kürze.

Der Schulentwicklungsplan wird in der heutigen Sitzung zur Kenntnis genommen und damit auch der Grundstein für einen Neubau der Overberg-Grundschule gelegt (geschätzte Gesamtkosten von ca. 10 Mio Euro). Mit dem Neubau wird es zukünftig keine zwei Standorte für den Schulbetrieb mehr geben. Ziel soll es sein, die Planungen für den Neubau soweit voranzubringen, dass im Anschluss nach Fertigstellung der Arbeiten an der Gesamtschule die bauliche Umsetzung der Overbergschule beginnen kann. Es ist richtig und wichtig in die Zukunft unserer Kinder zu investieren. Die vorhandene Schulbausubstanz genügt nicht mehr den Ansprüchen an eine kindgerechte Schule.

Trotz dieser baulichen Einschränkungen ist in allen Schulen der Stadt Rhede die Digitalisierung weit vorangeschritten. Die Klassenzimmer verfügen zu weiten Teilen über interaktive Whiteboards. PCs bzw Tablets für die Schülerinnen und Schüler sind ebenfalls vorhanden. Die Kreidezeit haben wir in Rhede fast hinter uns gelassen!

Insofern trifft es unsere Schulen derzeit nicht so hart, dass die geplante Grundgesetzänderung für die Digitalisierung der Schulen im Bundesrat erst einmal gescheitert ist. Leider möchte ich an dieser Stelle hinzufügen.

Ich kann das Unbehagen der Länder durchaus nachvollziehen, weil sie bei Investitionen des Bundes gleich mitverpflichtet werden, ihrerseits einen Beitrag zu leisten.

Dieses Phänomen ist für die Kommunen nicht neu. Versprechungen auf Bundes- und Landesebene müssen häufig 1 zu 1 durch die Kommunen auf deren Kosten umgesetzt und getragen werden. Hier erinnere ich nur an den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Vollendung des 1. Lebensjahres. Die Herausforderung, auch finanzieller Art, haben wir hier vor Ort - eine adäquate Finanzausstattung bekommen wir aber nicht. Auch die vielen Programme, die immer wieder aufgelegt und dessen fehlende Abrufung durch die Kommunen häufig angeprangert werden, sehen nicht selten Voraussetzungen vor, die gerade die ländlichen Kommunen nicht erfüllen.

Ein weiteres Großprojekt ist der Umbau der Kläranlage. 6,1 Mio Euro stehen dafür bereit, zuzüglich der Kosten für die Errichtung eines neuen

Sozialgebäudes für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit wird die Kläranlage von Grund auf saniert und für die Zukunft fit gemacht. Auch die Erweiterung um eine vierte Reinigungsstufe wäre jederzeit auf dem Gelände möglich und ist bei den Planungen berücksichtigt worden. Wir werden zunächst aber den Fokus auf den Umbau legen, den wir dringend beginnen müssen, um auch für die Zukunft die Einleitungserlaubnis in den Rheder Bach zu bekommen. Ein besonderer Dank geht hier an die Mitarbeiter des Klärwerks, die mit Einsatz und Ideenreichtum die veraltete Technik am Laufen gehalten haben.

Wie für alle sichtbar geht der Neubau der Hardtstraße gut voran. Die Anlieger der Hardtstraße haben sich bisher mit der bauausführenden Firma sehr zufrieden gezeigt. Beeinträchtigungen werden auf ein Minimum reduziert und gegenseitige Hilfe und Unterstützung ist jederzeit vorhanden. Auch der Zeitplan wird bisher eingehalten. Sollte kein zu starker Wintereinbruch die Arbeiten unnötig in die Länge ziehen, ist mit Abschluss der Arbeiten, wie geplant, zu Ostern zu rechnen.

Wir haben vor einigen Wochen hart miteinander gerungen, als es um den Fahrradweg an der Reyerdingsstiege in Vardingholt ging. In der Diskussion wurde auch der Vorwurf laut, wir würden den Außenbereich vergessen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Nichten vergessen wir den Außenbereich.

In Büngern wird gerade der Radweg entlang der Büngerner Allee erneuert und in die Baulast des Kreises überführt. Für den Breitbandausbau im Außenbereich haben wir Fördermittel erhalten und werden zuzüglich des städtischen Eigenanteils ca. 3 Mio Euro investieren. Damit wäre der gesamte Außenbereich mit schnellem Internet versorgt.

Aber auch die Wirtschaftswege im Außenbereich stehen auf unserer Agenda. Hier befinden wir uns mit Vertretern der Landwirtschaft und Anliegern im ständigen Austausch. Wir werden zeitnah städtischerseits eine Klassifizierung der Wege vornehmen und mit den jeweiligen Ortsverbänden abstimmen.

Auch die Frage der Finanzierung muss geklärt werden. Hierzu gibt es unterschiedlichste Varianten, die alle in der näheren Umgebung zum Tragen

gekommen sind. Wir sind somit in der glücklichen Lage, Erfahrungsberichte zu den unterschiedlichsten Finanzierungsarten einzuholen.

Aber auch das Thema Radwege im Außenbereich ist für uns nicht vom Tisch. Hierzu werden wir im Rahmen eines Mobilitätskonzeptes auch alle möglichen und denkbaren Radwege betrachten und bewerten, mit dem Ziel der Erstellung einer Prioritätenliste. Welcher Radweg dann zur Realisierung gelangt und an welcher Stelle der Prioritätenliste steht, bleibt einer politischen Entscheidung vorbehalten. Mir ist nur wichtig, dass wir in der Entscheidungsfindung für die Bürgerinnen und Bürger transparent sind.

Die Arbeitslosenzahlen in Rhede und auch im Kreis Borken sind derart niedrig, so dass wir fast von einer Vollbeschäftigung sprechen können. Soweit die gute Nachricht. Die negative Begleiterscheinung ist der immer größer werdende Fachkräftemangel, der viele Unternehmen in Rhede daran hindert, weiter zu wachsen. Der Arbeitsmarkt hat sich gewandelt von einem Arbeitgeber- zu einem Arbeitnehmermarkt. Das bedeutet im Klartext: Der Arbeitnehmer wählt sich den Arbeitgeber aus und der Arbeitgeber buhlt um die Gunst des Arbeitnehmers.

Folglich bestimmt nicht mehr der Arbeitsplatz den räumlichen Lebensbereich des Arbeitnehmers und der Familie. Arbeitnehmer/innen wählen den Arbeitsplatz danach, wie attraktiv das nähere Wohnumfeld ist. Und damit kommt wieder die örtliche Kommune ins Spiel. Die sogenannten harten und weichen Standortfaktoren gewinnen wieder stärker an Bedeutung.

Das Gesicht von Rhede hat sich verändert und wird sich auch weiterhin verändern und das zum Positiven, wie ich finde. In erster Linie ist in diesem Zusammenhang das Großprojekt der „Stadthöfe am Rheder Bach“ zu nennen. Der erste Bauabschnitt ist bereits bezogen, beim zweiten Bauabschnitt ist die Tiefgarage fast fertig und es kann mit den Hochbauarbeiten begonnen werden. Die Planungen für den dritten Bauabschnitt sind vergangene Woche im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt worden. Geplant wird ein Hotel mit 48 Zimmern und 96 Betten.

Ziel des Projektes am Rheder Bach war die Innenstadt von Rhede attraktiver zu gestalten und durch entsprechende Nutzungen Menschen in die Innenstadt zu ziehen. Mit der Ansiedlung der Kochschule Trüffel und Bohne, der Arztpraxis und dem geplanten Hotel werden wir die gesetzten Ziele auch erreichen. Im Rahmen der Diskussion in den politischen Gremien stellte sich jetzt aber ein „Folgeproblem“ heraus, der mangelnde Parkraum. Dass wir uns diese Gedanken gemeinsam machen, heißt aber im Umkehrschluss, dass wir die Ziele der Attraktivitäts- und Frequenzsteigerung der Innenstadt mit Umsetzung auch der letzten Maßnahme, für realistisch halten. Und das meine sehr verehrten Damen und Herren ist ein Erfolg und darf auch gerne einmal so benannt werden.

Lassen Sie uns jetzt gemeinsam nach Lösungen für das Parkplatzproblem suchen.

Wie bereits in meiner Haushaltsrede aus dem letzten Jahr angekündigt, haben wir mit den Vorbereitungen zum Stadtentwicklungskonzept (abgekürzt SteK) begonnen.

Mit dem SteK wird die zukünftige Entwicklung der Stadt Rhede festgelegt:

- Wo soll Wohnbauland entstehen?**
- Wo kann Gewerbe angesiedelt werden?**
- Wie gehen wir zukünftig mit dem ruhenden und fließenden Verkehr in und um Rhede um?**
- In welchen Bereichen der Innenstadt ist Nachverdichtung möglich und erwünscht?**
- Wie soll die Innenstadt aussehen?**
- usw.**

Der Prozess zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen ist ein bürgeroffener Prozess. Und deshalb darf ich schon jetzt alle Einwohnerinnen und Einwohner bitten und auffordern, sich hier aktiv mit einzubringen. Am 13. und 16. März 2019 haben alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit, die soeben aufgeworfenen Fragen und weitere Problemstellungen aktiv mit zu gestalten. Nutzen Sie diese Chance!

In Rhede tut sich einiges und wir können stolz auf das Erreichte sein. Ich möchte aber auch gemeinsam mit Ihnen den Blick nach vorne richten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten, bringen Sie mit mir zusammen Rhede weiter voran, wir haben noch viel zu tun.

Neben den bereits aufgezählten Großprojekten ist es mir weiterhin wichtig, die vorhandene Infrastruktur instand zu setzen, aber auch regelmäßig zu unterhalten, damit ein kleiner Mangel sich nicht zu einem großen Problem ausweitet.

Wir geben viel Geld in die Kanalsanierung. Gerade mit dem Inliner-System erzielen wir tolle Ergebnisse. Auch wenn diese Erfolge nach außen nicht sichtbar sind, war und ist eine kontinuierliche Sanierung der Kanäle auch in den kommenden Jahren ein absolutes „Muss“.

Jetzt, wo die Stadthöfe die Rheder Innenstadt einen großen Schritt in Richtung Aufwertung der Innenstadt gebracht haben, muss auch das Umfeld nachziehen.

Der Rathausplatz bedarf einer Neugestaltung, auch in und um das Rathaus wird sich nachhaltig was verändern. Wir werden aber auch den weiteren Innenstadtbereich stärker in den Blick nehmen. An vielen Stellen, gerade in der Gestaltung des Außenraumes wären Veränderungen notwendig und wünschenswert.

Das Gesamtbild der Innenstadt muss sich verändern. Schön und wünschenswert wäre es, wenn der Neustart mit den „Stadthöfen am Rheder Bach“ auch den einen oder anderen Gebäudeeigentümer bewegen könnte, Geld in die Sanierung und Aufwertung der Bestandsimmobilie zu investieren.

Die Aufgaben, die vor uns liegen sind vielfältig. Wir haben zur Zeit die einmalige Gelegenheit, Rhede für die nächsten Jahrzehnte aufzustellen um der nachfolgenden Generation keinen Pflegefall zu hinterlassen. Der Haushaltsentwurf 2019 ist ein Baustein zu diesem Ziel.

Dennoch möchte ich auf die großen finanziellen Herausforderungen explizit hinweisen. Wir stellen zwar mit dem Haushaltsentwurf 2019 einen originär ausgeglichenen Haushalt auf, auch ist es uns gelungen, mit den Überschüssen

der letzten Jahre die Ausgleichsrücklage wieder anzufüllen, dennoch steigen die Verbindlichkeiten des städtischen Haushalts (Kernhaushalt) in den nächsten Jahren auf über 32 Mio Euro, bei einer Tilgungsleistung in Höhe von 2,6 Mio Euro bis 2022, rund 550.000 € in 2019 bis ca. 900.000 € 2022.

Beim Konzernhaushalt, d.h. städtischer Haushalt mit den Eigenbetrieben KFR, Abwasser und der Stadtwerke Rhede GmbH belaufen sich die Verbindlichkeiten bis Ende 2022 auf über 94 Mio Euro. Es ist somit kein Geld da, um nach dem Gießkannenprinzip hier und da Projekte zu bedienen, ohne das Große und Ganze zu sehen.

Mir ist wichtig, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger als Kommune ein verlässlicher Partner in der finanziellen Planung bleiben und nicht Steuern oder Abgaben in einem Jahr senken und später wieder anheben. Jeder Steuer- und Gebührenzahler möchte sich auf das, was er jährlich abführen muss, einstellen können.

Erfreulich ist, dass wir auch weiterhin keine Kassenkredite mehr in Anspruch nehmen.

Bevor Ihnen jetzt der Haushaltsentwurf durch unseren Kämmerer vorgestellt wird, möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich bei unserem Kämmerer Hermann-Josef Schmeing, seinem Stellvertreter Martin Bröker und dem gesamten Team für die geleistete Arbeit der letzten Wochen bedanken.

Danke aber auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier in der Verwaltung, aber auch in den Außenstellen, sprich Bauhof, Klärwerk und Schulsekretariat. Sie alle haben in 2018 wieder hervorragende Arbeit geleistet. Wenn ich von der Bezirksregierung höre, Rhede kriegt nichts, hat schon so viel bekommen oder aus der Kreisverwaltung der Hinweis kommt: Immer Rhede und immer schnell!, dann spricht dies für die hervorragende, aber auch zielstrebige und schnelle Arbeit, die hier im Rathaus geleistet wird.

Mein Dank gilt aber auch Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten, für Ihre geleistete Arbeit in 2018. Sie bekleiden ein Ehrenamt, dass nicht nur mit viel Arbeit, Verantwortung und Zeitaufwand

verbunden ist, sondern für das Sie das ein oder andere Mal auch Kritik aus der Bevölkerung erhalten. Dennoch lassen Sie sich nicht abschrecken oder entmutigen und dafür zolle ich Ihnen Dank und höchste Anerkennung.

Jetzt wünsche ich Ihnen, neben frohe Weihnachten und alles Gute für 2019 angenehme, sachliche und zielgerichtete Beratungen in ihren Fraktionen und in den Ausschüssen über den Haushaltsentwurf 2019.